

## In Solidarität durch die Pandemie

### 1. Wo stehen wir?

Es macht einen Unterschied, ob das Gehalt in der Pandemie weitergezahlt wird oder das eigene Geschäft gerade keinen Umsatz macht. Es macht einen Unterschied, ob man sozial abgesichert ist oder mit weniger Geld auskommen muss und sich Sorgen um seine Zukunft macht. Es macht einen Unterschied, ob ich auf dem Land mit eigenem Garten oder im Mehrfamilienhaus in der Stadt wohne. Es macht einen Unterschied, ob ich von zu Hause aus arbeiten kann oder als Altenpflegekraft jeden Tag Angst habe, andere zu infizieren. Es macht einen Unterschied, ob ich in einer Familie oder bei Freunden Geborgenheit finde oder allein mit allem zurechtkommen muss. Es macht einen Unterschied, ob eine Familie in der Pandemie zusammenwächst oder die angespannte Situation zu Hause zu Gewalt und Auseinandersetzungen führt. Es macht einen Unterschied, ob die Kinder in Kita und Schule gehen können oder zu Hause betreut werden müssen.

Die Menschen kommen sehr unterschiedlich durch die Krise. Es macht eben einen Unterschied, in welcher Lebenssituation uns die Krise trifft. Und es macht einen Unterschied, wie wir ganz individuell damit umgehen.

Wir alle sind verunsichert. Viele spüren Angst und sind auch wütend. Manche leugnen die Gefährlichkeit des Virus, andere sind in Panik. Viele trauen sich nicht mehr aus dem Haus, andere sind sorglos.

Dies spiegelt sich auch im politischen Diskurs wider. Es ist wichtig, dass in einer Demokratie eine lebendige Debatte über den richtigen Weg geführt wird. Und ja, man muss sich auch kritisch mit Fakten auseinandersetzen. Wir können aber mit unseren Bundesinstituten wie dem Robert-Koch-Institut oder dem Paul-Ehrlich-Institut, mit herausragenden wissenschaftlichen Einrichtungen wie der Charité und mit Beratungsgremien wie dem Deutschen Ethikrat oder auch der Ständigen Impfkommission auf eine international eng vernetzte Expertise zurückgreifen. Wir sind in der Lage, neue Erkenntnisse schnell umzusetzen.

Es ist auch richtig, dass wir im föderalen System die Entscheidungen möglichst vor Ort treffen. Dies führt aber auch zu Unterschieden in den Regeln. Dies wird aber auch als irritierende Vielstimmigkeit wahrgenommen. Manche Entscheidungen erscheinen auf den ersten Blick unlogisch. Dass die Maßnahmen, abhängig vom Pandemiegeschehen vor Ort und der Politik in den Bundesländern, unterschiedlich sind, macht es manchmal schwer, sich richtig zu verhalten.

Aber in jedem Fall gilt: Das Virus verbreitet sich durch Kontakt. Die Richtschnur ist daher: Im Zweifel sollen Kontakte vermieden werden.

### 2. Solidarität ist das Leitbild zur Bewältigung der Pandemie

Wir können die Pandemie nur gemeinsam bekämpfen. Für uns ist klar: Wir stehen an der Seite derjenigen, die es gerade besonders schwer haben. Auch wenn es unmöglich ist, alle Sorgen und alles Leid zu verhindern, so wollen wir die Aufgaben weiter angehen.

Wir vermeiden Kontakte und tragen Masken, weil wir damit auch andere schützen. Wir schützen damit andere für den Fall, dass wir selber infiziert sind – ohne es zu wissen. Wir tragen dazu bei, dass sich unsere Lieben, unsere Nächsten, unsere Freunde nicht anstecken. Und wir schützen damit uns selbst, weil wir zu niedrigen Infektionszahlen beitragen.

Die allermeisten Menschen in Deutschland verhalten sich solidarisch. Sie halten sich an die Regeln – ganz gleich, ob sie zu einer Risikogruppe gehören oder nicht.

Wir sind weit darüber hinaus ein solidarisches Land. Wir alle sehen, welche wirtschaftlichen Folgen der Lockdown hatte und noch haben wird.

Wir wollen nach der Pandemie wieder ins Theater und danach wieder in die Kneipe, um über die Aufführung zu reden. Wir wollen wieder in den Club zum Tanzen. Wir wollen, dass auch die kleinen Geschäfte und unser Sportverein die Pandemie überleben. Wir wollen, dass Selbständige und kleine Unternehmen eine Perspektive für die Zeit nach Corona haben. Und wir wollen, dass unsere Schlüsselindustrien weiterhin Wohlstand und Arbeitsplätze sichern.

Wir haben bereits viel Geld zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Unternehmen zu Verfügung gestellt. Wir haben für viele Branchen eigene Rettungsschirme aufgespannt. Wir stehen zusammen und gehen gemeinsam durch die Pandemie. Dabei müssen sich alle beteiligen und starke Schultern auch mehr von den Kosten tragen. Zugleich brauchen wir als Gesellschaft Verständnis untereinander für die Herausforderungen im privaten, etwa durch geschlossene Schulen und das enge Beisammensein.

### **3. Wie können wir aber längerfristig mit der Pandemie leben?**

Nach dem Sommer stieg die Zahl der Infektionen zunächst bei den jüngeren Menschen. Mit steigenden Zahlen breiteten sich die Infektionen auch auf ältere Menschen und vor allem auf Einrichtungen aus, in denen ältere Menschen leben. Betroffen waren dann die Altersgruppen, die ein sehr hohes Risiko für einen schweren Verlauf der Erkrankung haben.

Wir haben über Weihnachten und Neujahr mit einem weitgehenden Lockdown die Konsequenzen daraus gezogen. Trotz einer sinkenden Zahl an Neuinfektionen haben wir unser Ziel aber noch lange nicht erreicht. Daher wurde der Lockdown verlängert. Wir müssen zu einer 7-Tages-Inzidenz von unter 50 kommen. Dann sind wir wieder in der Lage, einzelne Infektionen nachzuverfolgen und Maßnahmen zu treffen, die spezifisch ans Infektionsgeschehen vor Ort angepasst sind.

Sinkende Infektionszahlen führen auch dazu, dass wir seltener aufgrund von Kontakten zu Infizierten testen müssen und die Gesundheitsämter entlastet werden.

Pflegende Angehörige sind in der Pandemie besonders herausgefordert. Denn der Betreuungs- und Pflegeaufwand ist aufgrund erhöhter Infektionsgefahr und wegbrechender Unterstützung in der Pandemie gestiegen. Besonderes Augenmerk brauchen deshalb jene Menschen, die im häuslichen Wohnbereich betreuen und pflegen. Sie müssen unterstützt, in die Teststrategie und beim Impfen einbezogen werden.

Besondere Anstrengungen sollten auch auf die Prävention und den Schutz von Risikogruppen gerichtet werden. Im Mittelpunkt stehen dabei diejenigen, die auf Pflege und Unterstützung in besonderen Lebenssituationen angewiesen sind, die Pflegeheime und Senioreneinrichtungen. Es muss besser gelingen, die Menschen dort vor der Ausbreitung des Virus zu schützen.

Wir wollen und wir können die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen nicht isolieren. Wir müssen aber die Barriere für das Virus so hoch wie möglich machen.

Dazu gehört eine Teststrategie, die den Schutz der Risikogruppen in den Mittelpunkt stellt. Wir müssen schon jetzt die Teststrategie so weiterentwickeln, dass Infektionen in Pflegeheimen und anderen Einrichtungen möglichst nicht auftreten und wenn dann schnell erkannt werden. Dabei spielen Schnelltests eine zentrale Rolle. Mit ihnen kann das Risiko von Infektionen durch Personal und Besucherinnen und Besucher wesentlich verringert werden. Ziel sollte es sein, dass alle in kurzen Abständen getestet werden. Diese Tests sollten von allen Einrichtungen durchgeführt werden. Sie stehen in der Verantwortung, die Umsetzung der Testanordnung durch die Bundesländer zu gewährleisten. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung von Ansteckungen. Die Teststrategie muss dabei sicherstellen, dass die Einrichtungen sowohl die notwendigen Tests als auch das Personal für die Schnelltests zur Verfügung haben. Zudem sollten wir zur Prävention auch außerhalb der Pflegeheime zusätzlich in weitere zertifizierte Schnelltests investieren. Es muss so schnell wie medizinisch möglich ein Antigen-Schnelltest für den Heimgebrauch zugelassen werden. So können auch Infektionen ohne und mit geringen Symptomen schneller entdeckt und Infektionsketten unterbrochen werden.

Auch Hygienekonzepte können nur funktionieren, wenn ausreichend Personal zur Verfügung steht. Deshalb müssen wir mit aller Kraft die Maßnahmen verstärken, die dem Fachkräftemangel in der Pflege und der ohnehin schwierigen Personalsituation entgegenwirken. Hygienefachkräfte müssen in der Pflege zum Standard und finanziert werden.

Wir müssen die Einrichtungen darüber hinaus unterstützen, Hygienekonzepte aufzustellen und diese auch umzusetzen. Haben die Einrichtungen die Informationen, die sie brauchen? Sind Schulungen notwendig? Brauchen wir eine individuelle Beratung von einzelnen Einrichtungen. Im Sinne eines risikoorientierten Ansatzes müssen wir mehr Unterstützung organisieren.

Wir müssen uns aber auch um die Menschen kümmern, die ein erhöhtes Risiko haben, die zuhause leben und die kaum noch das Haus verlassen. Viele ältere Menschen und viele Menschen mit Vorerkrankungen sind vom sozialen Leben komplett abgeschnitten – weil das Risiko für sie zu groß ist oder auch weil sie einfach Angst haben. Es ist richtig, dass jetzt FFP2-Masken zur Verfügung gestellt werden.

Dies reicht aber nicht aus. Können wir geschützte öffentliche Räume schaffen? Wir können uns auch die Erfahrungen mit Einkaufszeiten für Risikogruppen ansehen. Sicher: Wir wollen Risikogruppen nicht aus dem sozialen Leben herausdrängen. In der jetzigen Situation können diese Maßnahmen aber helfen, Menschen wieder in ein Stück Normalität zurückzuholen.

#### **4. Was müssen wir sofort anpacken?**

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) leidet unter mangelnder Ausstattung. Wir haben Mittel für Personal, Digitalisierung und moderne Strukturen zur Verfügung gestellt, die müssen nun schnell Wirkung entfalten. Dies reicht aber nicht aus. Die Struktur und die kommunale Zuständigkeit für den ÖGD erschweren eine bundesweite Zusammenarbeit. Schon die Vielzahl an unterschiedlichen Softwarelösungen erweist sich als Bremse und erschwert die Datenweitergabe an das RKI. Dies müssen wir schnell ändern.

- Wir wollen für den ÖGD eine Rahmenkompetenz des Bundes schaffen. Damit wirken wir dem Flickenteppich an Regelungen entgegen und ermöglichen eine dauerhafte finanzielle Unterstützung durch den Bund. Wir wollen insgesamt mehr Kompetenzen für den Bund und schlagen die Neueinrichtung eines Bundesgesundheitsamtes vor. Zudem möchten wir den ÖGD als Teil der

Daseinsvorsorge grundgesetzlich schützen. Der ÖGD soll so neben ambulanter und stationärer Versorgung die dritte Säule im Gesundheitssystem werden, die eine umfassende Versorgung für alle Menschen bereitstellt.

- Wir könnten den ÖGD sofort entlasten, wenn wir die Möglichkeiten der Corona-Warn-App nutzen würden, die möglich sind, ohne auf den Datenschutz zu verzichten. Bisher bekommt man nur eine Warnung, man erfährt aber nicht wann und wo der Kontakt stattgefunden hat. Infizierte könnten aber freiwillig den Zeitpunkt des Kontakts freigeben. Dann könnten die, die gewarnt werden, den Kontakt nachvollziehen und z. B. andere informieren, die die App nicht nutzen. Die App könnte in Echtzeit Cluster erkennen und den Benutzerinnen und Benutzern Hinweise zum richtigen Verhalten geben. Sie könnte auch Cluster in der Vergangenheit erkennen und entsprechend warnen.
- Wir müssen weiter daran arbeiten, die Notfallkapazitäten im gesamten Gesundheitssystem auszubauen - zur Nachverfolgung einzelner Infektionen, zum umfangreichen Testen, zum schnellen Impfen und nicht zuletzt in den Krankenhäusern.
- Wir haben zusätzliche Intensivbetten geschaffen. Wir müssen auch zusätzliches Pflegepersonal kurzfristig akquirieren. Dazu kann der Aufbau eines Notfallpools sinnvoll sein. Pflegekräfte, die nicht in der Pflege oder in nicht ausgelasteten Einrichtungen arbeiten, können helfen, Personalengpässe auszugleichen.

Und nicht zuletzt müssen wir die offenen Fragen klären, die sich gerade in den letzten Wochen deutlich gestellt haben - gerade in der Diskussion um Schulschließungen. Wo und wie stecken wir uns an? Wie verbreitet sich das Virus weiter? Von den Jüngeren zu den Älteren? Wo sind die Hotspots? Welche Rolle spielen die Schulen? Welche die Kitas? Und welche die Gastronomie und die Theater?

- Wir wissen viel, aber immer noch nicht genug. Wir müssen sicherstellen, dass Fragen, die für die Eindämmung von Corona und die Entwicklung von Handlungskonzepten entscheidend sind, schnell geklärt werden. Wir brauchen einen schnellen Ausbau der Kohortenforschung, die ist notwendig, um sichere Handlungskonzepte zu entwickeln.
- Wir müssen wissen, wie und wo Lüftungsanlagen die Verbreitung des Virus verringern. Und diese Lüftungsanlagen dann auch installieren. Wir müssen wissen, wie wir Kontakt gestalten können, ohne dass wir uns anstecken. Und auf diesem Wissen Hygienekonzepte für die Läden und Einkaufszentren, für die Arbeitsplätze, für die Gastronomie, die Kultur und die Schulen und Kitas entwickeln.

## 5. Impfungen beschleunigen

Die mittlerweile angelaufene Impfung gibt uns Hoffnung. Wir haben auch mit einem großen deutschen Anteil schnell einen Impfstoff entwickelt. Jetzt geht es darum, den Schutzschirm, den die Impfung ermöglicht, möglichst schnell aufzuspannen. Das ist der entscheidende Schritt für eine erfolgreiche Pandemiebekämpfung, sowohl national als auch international. Die Pandemie ist erst dann besiegt, wenn sie weltweit unter Kontrolle ist.

Angesichts der aktuellen Knappheit des Impfstoffs ist es richtig, eine Priorisierung vorzunehmen und stark gefährdete Personengruppen zuerst zu impfen. Wir beginnen jetzt Risikogruppen und medizinisches Personal zu impfen. Daneben sollten auch Einrichtungen der Eingliederungshilfe in die erste Priorität aufgenommen werden.

Wir begrüßen, dass die Länder weit mehr Impfzentren eingerichtet haben als ursprünglich geplant und dass mobile Teams damit begonnen haben, Bewohnerinnen, Bewohner und Personal in den Pflegeeinrichtungen und Altenheimen systematisch zu impfen.

Wir brauchen ein gut funktionierendes Impfmanagement. Bisher läuft das Impfen zu langsam. Es ist gut, dass die Konferenz der Ministerpräsidenten auf Druck der SPD beschlossen hat, mit Pharmaherstellern das Gespräch über eine beschleunigte Impfstoffproduktion zu suchen. Und es ist richtig, dass wir darauf gedrängt haben, die Beschaffung des Impfstoffes zur Chefsache zu machen und damit ein besseres Management ermöglichen.

Gemeinsam müssen wir jetzt alle Möglichkeiten nutzen, schnell impfen zu können. Wir wollen einen Impfgipfel. Politik und Unternehmen müssen klären:

- welche Produktionsstätten für pharmazeutische Produkte in Deutschland vorhanden sind,
- inwiefern Produktionskapazitäten in bestehenden Produktionsstätten für eine Impfstoffproduktion kurzfristig bereitgestellt werden könnten,
- ob es an diesen Standorten Produktionserweiterungen für Impfstoffproduktion geben kann,
- ob Kooperationen von mehreren Unternehmen möglich sind, um kurzfristig Produktionskapazitäten aufzubauen,
- und ob Lizenzproduktionen möglich sind.

Das abgestimmte, solidarische Vorgehen in der EU war und bleibt richtig. Es hat ein unrühmliches Wettrennen zwischen den Mitgliedstaaten verhindert und uns größere Verhandlungsmacht verschafft. Umso wichtiger ist es nun, dass die EU-Kommission in weiterhin enger Absprache mit den nationalen Regierungen alles daransetzt, dass schnell ausreichend Impfdosen der erfolgversprechenden Impfstoffkandidaten zur Verfügung stehen. Geld darf dabei keine entscheidende Rolle spielen, auch weil die ökonomischen Kosten von Lockdown-Maßnahmen um ein Vielfaches höher sind.

Es ist beruhigend, dass die Impfbereitschaft in den vergangenen Wochen leicht gestiegen ist. Immer noch geben aber zu viele Menschen an, sich nicht oder nur vielleicht impfen zu lassen. Die Berichte über ein mangelhaftes Impfmanagement helfen hier sicher nicht. Besonders bedenklich ist eine verbreitete Impfskepsis offenbar auch in der Ärzteschaft und beim Gesundheits- und Pflegepersonal. Wir müssen die Impfbereitschaft erhöhen: mit einem funktionierendem Impfmanagement, mit einer transparenten Begleitforschung und mit einer umfassenden, innovativen öffentlichen Kampagne.

Neben ausreichend Impfstoff ist es auch wichtig, wirksame Therapien und bessere Medikamente zur Verfügung zu haben. Auch hier werden wir die Forschung weiterhin auf hohem Niveau unterstützen.

## 6. Was ist zu tun, damit es nach der Pandemie besser ist als vorher?

Wir haben Rettungsschirme aufgespannt. Wir werden sie weiter aufspannen und auch an die Erfahrungen anpassen. Wir werden auch weiterhin tun was nötig ist und die Hilfen - wo nötig - strukturell anpassen.

Wir haben bereits ein Zukunfts- und Konjunkturprogramm aufgelegt, mit denen wir die Weichen für eine wirtschaftliche Erholung und für nachhaltige Investitionen stellen. Das ist ein wichtiger Impuls dafür, dass es nach der Pandemie gut weiter geht.

Wir müssen die notwendigen Lehren aus der Pandemie ziehen und die Strukturen hinterfragen, die sich als Schwachpunkte herausgestellt haben. Dabei steht eine Frage im Mittelpunkt: Wie widerstandsfähig ist unsere Gesellschaft?

Wir brauchen ein Gesundheitssystem, das genügend Reserven hat. Wer im Normalbetrieb schon am Limit arbeitet hat erstens keine Luft nach oben, wenn eine außergewöhnliche Notlage auftritt, und auch im Alltag keine Luft sich weiterzuentwickeln und zu verbessern.

Die ambulanten Behandlungsstrukturen als erste Anlaufstelle haben sich bewährt. Bei den Krankenhäusern hat sich gezeigt, dass nicht die Nähe, sondern die Ausstattung ausschlaggebend ist. Die Spezialisierung und die Zusammenarbeit in Netzwerken verbessert die Versorgung. Wir müssen die Versorgungsstruktur von der Versorgungsqualität her denken, nicht von der einzelnen Einrichtung her. Wir müssen auch prüfen, ob in unserem Gesundheitssystem und vor allem in der Pflege die notwendigen Kompetenzen vorhanden sind oder ob wir zusätzliche Ausbildungen oder anders zusammengesetzte Teams brauchen.

Zu einer guten Gesundheitsversorgung gehört auch die ständig ausreichende Verfügbarkeit von Arzneimitteln und Medizinprodukten. Wie müssen den Gesundheits-Standort Deutschland weiter stärken, insbesondere im Bereich der Impfstoff und Wirkstoff-Produktion und der Medizintechnik. Wir wollen die Abhängigkeit vom asiatischen Markt verringern. Im Dialog mit der Wissenschaft und der Industrie wollen wir die Rahmenbedingungen und die Förderinstrumente für die industrielle Gesundheitswirtschaft in Deutschland verbessern.

Und: Wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen, gerade auch in den Schulen, die für einen digitalen Unterricht noch nicht gut vorbereitet sind. Das sind Punkte, die schnell ins Auge springen.

Es gibt aber noch einen weiteren, wesentlichen Punkt: Wir müssen uns damit auseinandersetzen, wie wir in unserem föderalen System während einer solchen Pandemie unter hohem Zeitdruck ein einheitliches, abgestimmtes Handeln erreichen. Hier müssen wir gemeinsam mit den Ländern prüfen, wie die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern während einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite gestaltet werden sollte, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Krise hat gezeigt: Die Mär vom schlanken Staat, der effizient und flexibel mit Hilfe des freien Marktes auf alle Herausforderungen reagieren kann, hat sich genau als solche herausgestellt. Dinge der Daseinsvorsorge, und dazu gehört neben Bildung und Sicherheit als eines der höchsten Güter die Gesundheit müssen der Logik von Qualität und allgemeiner Zugänglichkeit folgen und keiner Marktlogik. Wir brauchen einen gerecht finanzierten und handlungsfähigen Staat. Einen Staat, der unsere Gesundheit schützen kann. Einen Staat, der abgestimmt handelt. Und einen Staat, der in der Lage ist, soziale und wirtschaftliche Folgen auszugleichen.

Wir wollen einen starken und handlungsfähigen Staat jetzt und darüber hinaus sichern. Wenn es uns dies gelingt, können aus dieser so schmerzhaften Pandemie positiven Aspekte für die Zukunft entstehen.